

Martin Korol: Rede zum Bericht und Dringlichkeitsantrag des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitenverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte vom 13. April 2015 (Drucksache 18/1813)

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT. Landtag 80. Sitzung: 22.04.15

Teil I

Video-Dokumentation (Dauer: 10:11): <https://www.youtube.com/watch?v=uWowHTxdYdg&feature=youtu.be>

Sehr geehrter Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Weth!

Wegen der Verzögerungen und der enormen Kostensteigerungen beim Teilersatzneubau am Klinikum Mitte beantragte die CDU-Fraktion am 19. Juni 2014 gemeinsam mit der Gruppe BÜRGER IN WUT einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, kurz PUA. Der Antrag wurde am 01. Juli 2014 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen. Für die Bürger in Wut nahm ich als stellvertretendes Mitglied an den Sitzungen des PUA teil.

In der Verfahrensordnung zum PUA heißt es über die Rechte der stellvertretenden Mitglieder: Zitat: „Sie können an den nicht-öffentlichen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Bei den öffentlichen Beweisaufnahmen haben sie grundsätzlich kein Fragerecht, es sei denn, sie vertreten ein Mitglied.“ Zitatende. Dieses Glück hatte ich mehrfach.

Ich freue mich sehr darüber, beim PUA dabei gewesen zu sein. Eine Welt voll von neuen Erfahrungen, verbunden mit vielen neuen Einsichten.

Der Bericht des PUA liegt nun vor, vom 13.04.2015, sehr umfangreich, sehr lesenswert.

Bevor ich darauf zu sprechen komme, hätte ich eine Bitte, und zwar: Zum ersten Mal, meines Wissens jedenfalls, wurden die Kosten des PUA erwähnt. Ich hörte eben gerade: 600.000 Euro. Wenn ich darüber vielleicht eine Liste bekommen könnte, die diese Kosten aufzeigt, wäre ich sehr verbunden.

Ansonsten habe ich einige Anmerkungen, schlaglichtartig:

Der Bericht des Ausschusses endet mit Empfehlungen, u. a. zur Baukostenplanung, zum Finanzierungsmodell, zur Projektvorbereitung und zur Bedarfsplanung. Diese Empfehlungen sind sehr allgemein gehalten, von einer Ausnahme abgesehen. Der Kollege Fecker ist eben darauf zu sprechen gekommen, und die möchte ich zitieren: Auf Seite 165 des Berichtes heißt es: Zitat „Die Abteilungsleiterstelle der Abteilung 5 ‚Kommunale Kliniken‘ im Gesundheitsressort sollte zeitnah besetzt werden.“ Zitatende. Diese Empfehlung leuchtet unmittelbar ein, wenn man sich den Hintergrund dazu anschaut. Und den möchte ich etwas beleuchten:

Am 10. Oktober 2014 schrieb Christian Weht im „Weser Kurier“ unter dem Titel „Ex-Rechnungshofchef wirft Ressort fehlenden Sachverstand vor“. Er sagte über die Arbeit des PUA folgendes: Lothar Spielhoff, als ehemaliger Präsident des Landesrechnungshofs, sei im Zeugenstand des Untersuchungsausschusses mit folgenden Äußerungen bemerkenswerter Art aufgefallen. Er habe ausgesagt: In der Gesundheitsbehörde sei niemand gewesen, der Entscheidungen infrage gestellt hätte: Wörtlich wird Spielhoff zitiert: „Weil der Sachverstand in den Ressorts fehlt, wurde alles an uns, den Rechnungshof, weitergeleitet, ohne es zu hinterfragen.“ Zitatende. Habe der Rechnungshof Fragen gestellt, seien aus der Behörde der damaligen Gesundheitssenatorin Ingelore Rosenkötter (SPD) keine Antworten gekommen. Spielhoff kritisierte nicht nur die Inkompetenz des Gesundheitsressorts, eine alternativlose Planung und fehlende Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, sondern stellte auch fest, dass Widerworte des Rechnungshofes bei der Koalition nicht erwünscht gewesen seien. Und dann zitiert ihn der Weser-Kurier mit dem Satz: „Der öffentliche Dienst hatte den Sachverstand aus der Hand gegeben.“ Zitatende.

Ich muss sagen: Eine derart heftige Kritik an einer Ministerialbürokratie hatte ich, jedenfalls in Bremen, bis dahin nicht vernommen. Da schließt sich der Kreis. Die erwähnte vakante Abteilungsleiterstelle in der Gesundheitsbehörde ist nun aber, wie wir eben gerade erfahren haben, immer noch nicht besetzt. Damit ist wohl auch die ministerielle Kompetenzlücke immer noch nicht geschlossen. Ich kann da nur staunen.

Eine weitere Kritik am Sachverstand der behördlichen Planer fand ich ebenfalls bemerkenswert. Vorhin kamen wir auf Professor Hansen zu sprechen. Herr Fecker machte ihn nur schlecht. Nichtsdestoweniger äußerte auch er sich im Untersuchungsausschuss. Ist das richtig oder war das oder war die Kollegin Grotheer? Vielleicht habe ich das verwechselt.

(Zuruf: Beide!)

Beide! Dankeschön!

Dabei berichtete er über ein Gespräch mit dem damaligen Staatsrat für Gesundheit, Doktor Joachim Schuster, der inzwischen Mitglied des Europaparlaments ist. Der Kollege Bensch deutete diese Angelegenheit schon an.

Herr Schuster gehörte dem Aufsichtsrat der Gesundheit Nord, kurz GeNo, an. Das Gespräch zwischen Hansen und Schuster ist im Minderheitenvotum der CDU Bürger-schaftsfraktion auf Seite 94-95 zum Teil wortwörtlich wiedergegeben. Nach einer Aufsichtsratssitzung habe Herr Schuster Herrn Hansen gefragt, warum die GeNo kein weiteres Personal einstelle. Herr Hansen habe erwidert, dass der Wirtschaftsplan solche Ausgaben nicht vorsehe. Daraufhin habe Herr Schuster zu ihm gesagt: Zitat: „Herr Hansen, dann verbrauchen sie doch das Eigenkapital, das macht doch nichts.“ Zitatende. Auf die Einwände, dass ein solches Vorgehen ungesetzlich sei und die Politik beschlossen habe, dass die Gesundheit Nord ihr Personal selbst bezahlen müsse, habe Herr Schuster geantwortet: Zitat: „Herr Hansen, das ist doch egal, ob Bremen zwölf oder 13 Milliarden Euro Schulden hat. Die werden das schon bezahlen. Geben Sie das Geld nur aus.“ Zitatende.

Herr Hansen merkte jedenfalls laut Bericht an: Selbst einem politisch nur mäßig interessierten Zeitgenossen sollte 2011 bekannt gewesen sein, dass sich der Schuldenstand des Landes Bremen seinerzeit nicht auf 12 oder 13 Milliarden Euro belief, wie Herr Schuster meinte, sondern 19 Milliarden Euro betrug!

Ich bin Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Mir liegt persönlich viel daran, dass Politiker ein positives Bild in der Öffentlichkeit abgeben. Das wird dauerhaft aber nur mit Transparenz und Ehrlichkeit möglich sein. Deshalb finde ich es richtig, dass die CDU-Fraktion diese Unterredung in ihrem Sondervotum ungeschminkt dokumentiert hat.

Es fehlt mir die Zeit, mich ausführlich zu den Streitigkeiten der Fraktionen über die festgestellten Mängel bei der Planung und Bauausführung am Klinikum Mitte zu äußern. Soviel nur: Für mich ist noch immer nicht nachvollziehbar, warum dieses Projekt an der St. Jürgenstraße im Jahre 2005 mit der alleinigen Begründung genehmigt wurde, die Krankenhausangestellten müssten zu viel Zeit damit verbringen, die Wegstrecken zwischen den einzelnen Gebäuden zurückzulegen. Gab es dazu eine detaillierte Untersuchung? Mir ist davon nichts bekannt.

Zum zweiten stellt sich für mich die Frage, warum dieses ursprünglich als Teilersatzneubau geplante Gebäude, aus dem dann ein vollständiger Teilneubau wurde, auf dem bisherigen Platz errichtet werden sollte. Mir ist nicht bekannt, dass von den Verantwortlichen der Standort überprüft und ein alternativer geprüft worden wäre. Das Gelände an der St. Jürgen-Straße ist schon wegen seiner ungünstigen Verkehrslage für das Bauprojekt wenig geeignet. Außerdem stören sich Bau- und Krankenhausbetrieb gegenseitig, weil man das alte Gebäude nutzt, während das neue errichtet wird. Man lese in diesem Zusammenhang das Gutachten von Dr. Rothe zur Gründung einer Bremer Universität aus dem Jahre 1961. Schon dieses Papier sah auf dem Campus der heutigen Universität eine Universitätsklinik vor.

Lassen sich mich kurz auf die Öffentlichkeitsarbeit des Untersuchungsausschusses eingehen. Die Verfahrensordnung des PUA legte fest, dass die Medien entweder durch

gemeinsame Presseerklärungen der Fraktionen oder durch Pressekonferenzen zu informieren waren, an denen alle Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter teilnehmen konnten. Eine solche Pressekonferenz habe zumindest ich nicht erlebt.

Ich komme zum Schluss.

Ich gehe davon aus, dass sowohl die Ausschussmitglieder als auch die Redakteure ein lebhaftes Interesse daran hatten, die fraglichen Sachverhalte vollumfänglich aufzuklären. Dennoch habe ich nie einen angeregten und anregenden Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern des PUA und den Medienvertretern erlebt. Das war für mich verschwendeter Geist.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Ende des ersten Teils (Dauer: 10:11)

Teil II

Video-Dokumentation (Dauer: 06:11):

<https://www.youtube.com/watch?v=KpIWVdX8iLI&feature=youtu.be>

Dankeschön, Frau Präsidentin!

Ich ergänze meine Ausführungen von vorhin in einzelnen Punkten, die mir am Herzen liegen.

Mich berührt zum Beispiel das überaus geringe Interesse der Bürger an dem Thema „Krankenhausneubau“. Bereits die Frage, wie die Kosten für den Teilneubau des Klinikums Bremen-Mitte von den geplanten 200 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro emporschnellen konnten, sollte eigentlich jeden Steuerzahler interessieren. Und zumindest einige der insgesamt 145.000 Bremer Senioren hätten sicherlich auch die erforderliche Tagesfreizeit gehabt, um hin und wieder eine Sitzung des PUA zu besuchen.

(Abg. Schildt [SPD]: Ja, das ist eine gute Anregung!)

Doch von solchen Besuchern war wenig zu sehen.

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

An keiner öffentlichen Sitzung nahm mehr als eine Handvoll Bürger teil.

(Zuruf der Abg. Grotheer [SPD] (unverständlich))

Fünf Gerechte. Wird deswegen Ninive gerettet werden?!

Es waren auch fast immer dieselben.

Das geringe Interesse der Öffentlichkeit war jedoch in keiner Ausschusssitzung Thema. Dabei kennen wir dasselbe Problem schon aus der Bürgerschaft. Auch zu den Sitzungen von Landtag und Stadtparlament kommen einzelne Personen nur sehr selten. Mehrheitlich handelt es sich bei den Besuchern um organisierte Gruppen,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Sie reden, gehen Sie raus! Und das verstehe ich auch!)

die aber nie so groß sind, dass es auf den Zuschauerrängen eng werden würde.

(Zuruf von der SPD: Kommen Sie jetzt mal zur Sache!)

Ein Untersuchungsausschuss arbeitet analog zu den Regeln der Strafprozessordnung. Rechte und Pflichten im Ausschuss müssen genauso exakt festgelegt sein wie der Umgang der Mitglieder miteinander.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach nee!)

Andersfalls würde Willkür herrschen, wenn ich das Verhalten einiger der Kolleginnen und Kollergen verlängere. Dazu kann ich sagen: Der Umgang des Ausschussvorsitzenden mit den Beteiligten und der aller Ausschussmitglieder untereinander war unbedingt korrekt. Aber die Gruppendynamik des Ausschusses ist im Grunde dieselbe gewesen wie die in der Bürgerschaft. Und das bedeutet:

(Zuruf, nicht verständlich)

Über den Tellerrand hinwegschauen, wäre ja mal eine Idee, die vielleicht fruchtbar sein könnte. Das bedeutet: Die teilnehmenden Politiker tauschten sich untereinander nur insoweit aus, als sie zur selben Partei oder zur Regierungskoalition gehörten.

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Falsch! Mit Ihnen tauscht sich keiner von uns aus, Herr Korol!)

Eine intensive Zusammenarbeit –

(Zuruf, nicht verständlich)

subjektiver Eindruck; das bitte ich zu entschuldigen – der Ausschussmitglieder über Parteigrenzen hinweg habe ich dagegen wenig oder kaum wahrnehmen können.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielleicht liegt das an ihnen!)

Das liegt gewisslich in erster Linie an mir und meiner Wahrnehmung.

Der Untersuchungsausschuss hätte m.E. – um einen weiteren Punkt anzuschneiden – im Interesse einer möglichst effizienten Aufgabenbewältigung mit einer Schulung zu folgenden Themenbereichen beginnen können:

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Bestimmt!)

Verwaltungsstruktur des Krankenhauses, Bau-Vergaberecht, Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten, methodisches Vorgehen eines Untersuchungsausschusses, rechtlicher Rahmen der Arbeit, Vorgehen bei der Vernehmung der einzelnen Zeugen und Sachverständigen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt grenzt es an Zeitdiebstahl, was Sie machen!)

Das war nicht der Fall. Ich jedenfalls fühlte mich auf diese wichtige Aufgabe nicht sehr gut vorbereitet. Nun sehe ich allerdings genau diese Themen im Bericht des Untersuchungsausschusses angesprochen und zum Teil sehr informativ dargestellt. Das hätte ich mir als Einstieg in die Arbeit des Ausschusses gewünscht.

Von den zwölf Mitgliedern des Untersuchungsausschusses und ihren zwölf Vertretern kamen nur wenige zu Wort. Einige Mitglieder sagten nie etwas. Auch das halte ich für eine Vergeudung von Kompetenz und Ressourcen. Sinnvoller wäre es aus meiner Sicht gewesen,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie vergeuden gerade unsere Zeit, finde ich!)

wenn sich jedes PUA-Mitglied mit einem Teilaspekt beschäftigt und damit einen eigenen Beitrag zum Untersuchungsergebnis geleistet hätte.

Zu guter Letzt: Wer ist denn nun für die Verzögerung und die Kostenexplosion beim Krankenhausneubau verantwortlich? Fragezeichen. Mir fiel folgendes auf – und hier sind wir wieder bei den ganz, ganz Wenigen, die eine Ausnahme darstellen –: Nur einer von insgesamt 33 Zeugen räumte ein, dieses oder jenes wäre besser gelaufen, wenn er selber dieses oder jenes anders gesagt, getan oder entschieden hätte. Er war der einzige. Alle anderen Befragten erklärten, dass sie in keiner Weise für die Misere verantwortlich gemacht werden könnten: entweder, weil sie zu diesem Zeitpunkt nicht

mehr im Amt gewesen seien oder ihren Posten noch gar nicht bekleidet hätten oder weil sie mit der Angelegenheit nicht oder nur am Rande befasst gewesen seien, weshalb die eigentliche Schuld dieser oder jener trage.

(Glocke)

[gestrichen: Ich sehe das anders: Aus meiner Sicht hat jeder, der mit diesem Bauprojekt in irgendeiner Weise befasst war, in irgendeiner Weise auch daran seinen Anteil Schuld. Aber das ist mein Menschenbild.]

Ich komme zum Schluss. – Ich würde mir wünschen, dass künftige Untersuchungsausschüsse nicht mehr so tun, als ginge es nur darum, Sachverhalte aufzuklären und das Verhalten von Personen und Institutionen zu hinterfragen. Vielmehr sollten sie auch mit größtmöglicher Offenheit das eigene Vorgehen reflektieren. Nur das lohnt die Mühe und den Aufwand, nur das bringt Ergebnisse.

(Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte-Sasse.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Endlich!)